

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

5.8.1932 (No. 181)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. S. G. Seyfried, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig.

Amtlicher Teil

Klage Badens vor dem Staatsgerichtshof

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Nachdem die Nachricht durch die Presse verbreitet wurde, daß die Klage des Landes Baden gegen das Reich beim Staatsgerichtshof in Leipzig eingetroffen sei...

Antrag

Es wird festgestellt: Das Reich darf sowohl im Wege der Reichsregulierung nach Artikel 48 Absatz 1 Nr. 2, wie im Wege von Diktaturmaßnahmen nach Artikel 48 Absatz 2 Nr. 2, die den Ländern nach der Reichsverfassung...

Inbesondere ist es mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, wenn auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 oder Absatz 2

- a) Mitglieder von Landesregierungen dauernd oder vorübergehend ihres Amtes für verlustig erklärt oder neue Mitglieder von Landesregierungen ernannt werden, b) die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich...

Die inneren Sicherheitsmaßnahmen

Verschärfung der Strafbestimmungen in Aussicht

In der gemeldeten Besprechung des Reichskabinetts wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers v. Gayl auf Grund der eingegangenen Berichte eingehend die innerpolitische Lage erörtert und über entsprechende Maßnahmen...

Zu dem Zusammenhang mit ihrem Bericht über die geplante Novellierung müssen die nationalpolitischen Blätter die „Volkswagenzeitung“ und „Tag“ von neuen Erklärungen der Parteileitung der NSDAP zu berichten, in denen die politischen Auswertungen auf die schärfste mißbilligt werden.

Die Elektrifizierung

von Reichsbahnstrecken

Augsburg-Stuttgart erst Herbst 1933

Die Arbeiten für die Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Ulm-Stuttgart sollten Anfangs noch in diesem Jahre vollendet werden. Der „Volkswagenzeitung“ zufolge, ist jedoch die Beendigung der Arbeiten wegen Finanzierungschwierigkeiten bis 1933 verschoben worden.

Eröffnung des 21. Deutschen Feuerwehrtages in Karlsruhe

Am heutigen Freitag hat in der festlich beflaggten badischen Landeshauptstadt der 21. Deutsche Feuerwehrtag begonnen, zu dem neben verschiedenen ausländischen Vertretungen (Deutschösterreich, Ungarn, Tschechoslowakei und Schweiz) u. a. auch der erste Vorsitzende des internationalen Verbandes für Feuerchutz und Rettungswesen, Oberst Fordehaus, Paris, erschienen ist.

Eröffnung der Feuerwehr-Fachausstellung

Vormittags 11 Uhr fand in der Städtischen Ausstellungshalle die Eröffnung der trotz aller Schwierigkeiten der Zeit reich besuchten Feuerwehr-Fachausstellung statt. Hierzu hatten sich eingefunden Staatspräsident Dr. Schmitt als Vorsitzender des Ehrenausschusses, Finanzminister Dr. Matthes, Oberbürgermeister Dr. Finter, die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, Vertreter aller Wirtschaftskreise und zahlreiche Feuerwehrleute, die familiäre deutschen Gauen vertreten.

Nachdem ein Doppelquartett der Karlsruher Feuerwehrkapelle „Die Himmeln des Ewigen Ehre“ gespielt hatte, betrat der erste Vorsitzende des Deutschen Feuerwehverbandes, Landesbranddirektor Eder, München, das Rednerpult. Er bezeichnete mit Genugtuung die Tatsache, daß es trotz der Schwere der Zeit durch zähe Vorarbeit und mit geringen Mitteln gelungen ist, die Tagung und Ausstellung zustande zu bringen.

Besonderer Dank gebührt der Landesregierung und der Stadt Karlsruhe für ihre Unterstützung, ebenso allen Persönlichkeiten und Organisationen, die an dem Werke mitgearbeitet haben. Der Medaillon begrüßte dann die städtische Schar von Tagungsteilnehmern und wünschte der Ausstellung besten Erfolg.

Staatspräsident Dr. Schmitt

Das Wort zu folgender Ansprache: Verehrte Damen und Herren! Namens der badischen Staatsregierung habe ich die Ehre, den Deutschen Feuerwehverband und den Badischen Landesfeuerwehverband in der Hauptstadt des Landes zu begrüßen.

Die badische Regierung hat von jeher mit Stolz in den badischen Feuerwehren seit deren Bestehen musterghültige Einrichtungen tatkräftigster Hilfsbereitschaft und hingebendster Nächstenliebe gesehen und hat es daher stets als eine vornehmste Aufgabe erachtet, die Feuerwehren zu fördern und zu unterstützen. Hilfeleistung bei Feuersnot und anderen Unglücksfällen gegenüber jedermann, Pflege echten Bürgerinnens und treuer Kameradschaft war jederzeit das allererste bewundernde Programm der Feuerwehren, in dessen Erfüllung und Verwirklichung jeder Wehrmann seinen Ruhm und sein höchstes Streben setzte. Darin wurde gleichzeitig echte Gemeinschaftsarbeit an Volk und Vaterland zur Wirklichkeit.

Für die badischen Wehren ist es zweifellos eine Ehre und Anerkennung ihrer Leistungen und ihrer Erfolge, daß der 21. Deutsche Feuerwehrtag im badischen Lande gehalten wird. Ich begrüße daher mit besonderer Freude die Gäste aller deutschen Gauen an der Südwestgrenze des Deutschen Reiches. Mit diesem Gruß verbinde ich aufrichtigste Wünsche für ein gutes Gedeihen des Festes, für eine erprießliche Förderung der sachlichen Arbeiten. Mögen Sie alle, meine Herren der deutschen und besonders der badischen Wehren, mit neugestärktem Mut und froher Zuversicht die ersten Aufgaben der Feuerwehren in aller Zukunft zu verwirklichen bestrebt sein. Darum rufe ich allen Feuerwehren ein herzlichliches Glückwunsch zu.

Nach dem Staatspräsidenten sprach der Präsident des Badischen Landesfeuerwehverbandes, Friedrich Müller, Heidelberg. Auch er hieß die prominenten Gäste wie auch die Kameraden herzlich willkommen und hob hervor, daß die deutsche Feuerwehrinterindustrie mit Recht einen Welttruf erlangt habe. Die All-

gemeinheit möge diese Tagung zum Anlaß nehmen, sich von der Wichtigkeit des Feuerhutes zu überzeugen und immer mehr die Bedeutung des Feuerwehrens zu erkennen. Der Redner zollte den ausstellenden Firmen Dank und Anerkennung, ebenso dem Vorsitzenden des Ausstellungsausschusses, Bürgermeister Schneider und seinem Mitarbeiter, Branddirektor Wildt.

Schließlich nahm Oberbürgermeister Dr. Finter das Wort. Er gab der allgemeinen Freude der Bevölkerung Ausdruck, einen so großen und hochangesehenen Verband in den Mauern der Landeshauptstadt tagen zu sehen, für die dies eine hohe Ehre und Auszeichnung bedeute.

Der Redner wies darauf hin, daß eine Wirtschaftskrise von nie geahntem Ausmaße über das deutsche Volk hereingebrochen sei, die natürlich auch ihre Spuren im Grenzlande Baden und Karlsruhe hinterlasse. Die Begeisterung für die schöne Feuerwehrfeste und das Band, das die deutschen Feuerwehrmänner umschließe, hätten sich als so stark erwiesen, daß der Karlsruher Feuerwehrtag trotz Wirtschaftsnote, wenn auch in bescheidenerem äußeren Rahmen begangen, sich würdig seinen Vorgängern anreihen wird.

Der Oberbürgermeister gedachte sodann im besonderen der Veranlassung der Feuerwehr-Fachausstellung und führte aus, der Optimismus und die Tatkraft des hochverehrten Präsidenten des Deutschen Feuerwehverbandes, Eder, und der Unternehmungsgeist der einschlägigen Industrie hätten eine Ausstellung zustandegebracht, die ob ihres Inhaltes und Umfangs allseitiges Interesse beanspruchen dürfe. Die Ausstellung und der hingebende Eifer unserer braven Feuerwehren, sich in der Anwendung der modernen Geräte immer mehr zu vervollkommen, gebe uns die beruhigende Gewißheit, daß es uns mit immer weiter fortschreitendem Erfolg gelingen wird, Menschen und ihr Gebilde vor des Elementes vernichtender Wucht zu bewahren. Mit dem Wunsche eines erfolgreichen Gelingens des 21. Deutschen Feuerwehrtages und dem herzlichsten Danke an die Aussteller und alle die, die an dem Zustandekommen der Ausstellung mitgewirkt haben, erklärte Dr. Finter die Feuerwehr-Fachausstellung für eröffnet.

Mit einem Musikvortrag war der Eröffnungakt zu Ende. Darauf wurde

ein Rundgang

durch die in allen Teilen überaus lehrreiche und hochinteressante Ausstellung angetreten, die von den bedeutendsten Firmen Deutschlands besichtigt ist, wenn auch angesichts der Schwierigkeiten unserer Zeit unter großen Opfern.

Die Ausstellung umfaßt alle Gebiete des Feuerlösch- und Rettungswesens und gibt ein geschlossenes Bild von dem heutigen Stand der hochentwickeltesten deutschen Feuerwehrgeräteindustrie, die auch noch zu exportieren in der Lage ist. Vom Landeskriminalmuseum wird in einer besonderen Abteilung Aufschluß über die Bemühungen zur Ermittlung der Brandursachen gegeben, soweit Brandstiftung oder Selbstentzündung in Frage kommen. Die historische Abteilung enthält alte Feuerlöschgeräte, darunter die beim Karlsruher Hoftheaterbrand im Februar 1847 verwendeten beiden Handfeuerlöscher der Durlacher Feuerwehr, ferner die erste, von Daimler-Benz gebaute Motorspritze, alte Bau- und Feuerlöschordnungen usw. Die Ausstellung erfreute sich gleich zu Beginn eines regen Zuspruchs.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die erste badische freiwillige Feuerwehr 1846 in Durlach von dem damaligen Stadtbaumeister Dengst gegründet wurde, dem die Stadt Durlach ein Denkmal gesetzt hat.

Gegenwärtig bestehen in Deutschland rund 36 000 Wehren, die sich in 21 Provinzial- und Landesverbände gliedern, die wiederum im Deutschen Feuerwehverbande zusammengeschlossen sind.

Zu der Tagung werden weit über 10 000 Wehrleute aus allen Teilen des Reiches erwartet.

Letzte Nachrichten

Die Lage in Ostpreußen

Die Vorfälle in Königsberg geklärt - Nationalsozialisten als Täter

W.B. Königsberg, 5. Aug. (Tel.) Der am 1. August beabsichtigte Anschlag gegen das Gewerkschaftshaus ist aufgeklärt worden. Die Akten gehen heute der Staatsanwaltschaft zu. Es sind acht Täter, die angegeben, SA-Leute vom 12. Sturm zu sein; unter ihnen befindet sich auch der Sturmführer.

Auch eine vollendete und vier verurteilte Brandstiftungen am 1. August in Königsberg-Kathhof haben ihre Aufklärung gefunden. Die Akten gehen ebenfalls der Staatsanwaltschaft zu. Festgenommen sind 13 Täter, die angegeben, ebenfalls dem Sturm 12 der SA anzugehören.

In der vergangenen Nacht wurden mehrere Straßenviertel durch die Polizei planmäßig beobachtet. Hierbei erfolgte ein Überfall von etwa 40 Personen auf zwei Beamte in Zivil. Es wurden insgesamt fünf Personen festgenommen, die sämtlich im Besitz von Waffen waren.

Rücktritt des Oberpräsidenten Siehr

W.B. Königsberg, 5. Aug. (Tel.) Der der Staatspartei angehörige Oberpräsident von Ostpreußen, Dr. Siehr, hat, nachdem er diesen Posten 11 Jahre innegehabt hat, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Reichskommissar für das Land Preußen hat Dr. Siehr telegraphisch mitgeteilt, daß das preussische Staatsministerium dem Antrage auf Versetzung in den Ruhestand zum 1. Oktober 1932 und auf Verurlaubung bis zu diesem Termin stattgegeben hat. Gleichzeitig ist Vizepräsident Dr. Steinhoff bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften beurlaubt worden, wobei Wiederverwendung durch den Reichskommissar für das Land Preußen in Aussicht genommen ist. Oberregierungsrat Agricola ist einstweilen mit der Vertretung des Oberpräsidenten beauftragt worden.

Erhöhung der Spiritus-Beimischungsquote

W.B. Berlin, 5. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen die Verordnung über die Erhöhung der Spiritus-Beimischungsquote veröffentlicht werden. Die Verordnung soll zum 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Für die Erhöhung der Spiritus-Beimischungsquote, die von 6 auf 10 Prozent vorgelesen ist, müssen aber noch verschiedene Vorbedingungen erfüllt werden, die in der Verordnung genauer bezeichnet sind.

Wirtschaftliche Umschau

Die politischen und die privaten Schulden an das Ausland — Das Problem der Zinsenkung — Der Butterzoll.

Lausanne hat leider keine endgültige Lösung des Problems der politischen Schulden gebracht. Und wenn auch nun die Reparationen als abgetan betrachtet werden, so macht sich die Tatsache, daß das Problem der internationalen Schulden durch die Gläubigermächte damit verbunden und die Ratifizierung des Lausanner Abkommens davon abhängig gemacht wurde, daß man mit Amerika damit ins Reine komme, auf dem internationalen und auch auf dem deutschen Kapitalmarkt eindringlich geltend. Nur durch eine Endregelung und einen vorbehaltlosen Verzicht auf Reparationen hätte die Welt und die Weltwirtschaft merkbare und unmittelbare Erleichterungen erfahren können. Erst wenn die amerikanischen Präsidentschaftswahlen stattgefunden haben, ist eine Entscheidung über das Schuldenproblem möglich und deshalb auch wahrscheinlich, weil Amerika im eigenen Interesse die Lösung dieser Frage betreiben muß und wieder geordnete Weltwirtschaftsverhältnisse zur Anfurberung seiner eigenen, schwer darniederliegenden Wirtschaft dringend notwendig hat.

Unter dem Andauern der Kreditkrise in der Welt leidet aber insbesondere Deutschland. Seine Ausfuhrüberschüsse genügen nicht, um die privaten Verpflichtungen an das Ausland voll abzudecken. Die Reichsbank mußte immer wieder auf ihre Reserven zurückgreifen, um die nötigen Mengen auswärtiger Zahlungsmittel aufzubringen. So verminderten sich die Bestände der Reichsbank an Gold und Devisen, die Ende 1931 noch 1156 Millionen Reichsmark betragen, nach dem letzten Ausweis der Reichsbank auf 894 Millionen Reichsmark, ein Verlust von 262 Millionen Reichsmark in sieben Monaten. Die stetige Abnahme des Devisenbestandes ist zwar nach dem vorletzten Ausweis der Reichsbank zum Stillstand gekommen, aber trotz aller Devisenbewirtschaftung und aller Strenge der einschlägigen Bestimmungen ist Deutschland gezwungen, Erleichterung für seine Auslandsverpflichtungen durch Prolongation, Ratenzahlungen und Senkung der Stillhaltezinssätze zu suchen. Die Londoner Empfehlungen sehen bekanntlich auch eine Senkung der Stillhaltezinssätze um 1 Prozent vor, da es sich aber nur um Empfehlungen handelt, müssen die privaten Gläubiger zustimmen. Ihre Zusagen geben, wie berichtet wird, nur sehr zögernd ein. Auch sollen die Banken der Stempelvereinigung ihrerseits auf einen Teil der Zinsspanne verzichten, um die deutschen Schuldner mehr zu entlasten. Die Zinsenkungen und die Verlängerung der Kredite würden sich viel schneller durchgesetzt haben, wäre man in Lausanne tatsächlich zu einer Einigung gekommen. So aber hat Deutschland zu Lasten seiner gesamten Volkswirtschaft weiter die hohen Währungsprämien aufzubringen, die das Ausland (ohne Anpassung an die eigenen Zinsverhältnisse) von uns weiter verlangt. Als günstig ist es zu bezeichnen, daß, wenn auch in mäßigem Umfang und langsam, doch fortgesetzt noch deutsche Auslandsanleihen infolge ihres niedrigen Kursstandes in deutschen Besitz zurückkehren.

Der deutsche Außenhandel hat sich immer noch etwas besser entwickelt, als die Schwierigkeit der Weltwirtschaftslage befürchten ließ. Die Exportwaren haben höhere Durchschnittspreise behalten als die Rohstoffe und Produkte, die nach Deutschland eingeführt werden. Dies macht sich wertmäßig in der deutschen Handelsbilanz in günstigem Sinn geltend. Aber andererseits ist nicht zu vergessen, daß die auf der deutschen Wirtschaft liegenden Lasten die Höhe der Preise für deutsche Waren nicht nur zwingend bedingen, sondern eben dadurch auch den deutschen Warenabsatz nach dem Ausland droffeln, und außerdem bleibt überhaupt weiter die Tatsache, daß die Entwicklung in aller Welt der Aufnahme deutscher Waren äußerst hinderlich ist. Währungsentwertungen, Zollerhöhungen, immer niedrigere Einfuhrkontingente, Devisenperrren und auch Clearingsverträge (Verrechnung des Zahlungsverkehrs aus Warenlieferungen und dadurch schon Angleichungen der Ein- und Ausfuhr und Verringerung der deutschen Ausfuhr) hemmen weiterhin ganz allgemein den Absatz der deutschen Waren im Ausland.

Seit längerem werden auch Pläne erörtert, die auf eine weitere allgemeine Senkung der Zinsen für langfristige Schulden im Inland hinauslaufen. An eine solche generelle Konvertierung der Zinsen wird — wie die Reichsregierung erklären läßt — jedoch nicht gedacht. Im Kabinett bestehe darüber keine Meinungsverschiedenheit. Selbstverständlich sei eine Senkung des zu hohen Zinsniveaus zu erstreben, aber diese könne mit dem Ausland nur auf dem Weg privater Verhandlungen und, soweit die inländischen Schulden in Frage kommen, auf individuelle Weise geregelt werden. Da ein neuer schematischer Zwangseingriff den Schuldner entlasten würde, ohne Rücksicht darauf, ob er es wirklich notwendig hat, und auch den Gläubiger belasten würde, ohne Rücksicht auf dessen Lage, wurde bereits vorgeschlagen (ähnlich wie bei den Aufwertungshypotheken), Spruchstellen zu schaffen, welche die Zinshöhe unter individueller Verständigung zwischen Schuldner und Gläubiger (auch im Interesse des Gläubigers) auf ein tragbares Maß festsetzen, um so eine Zwangsbeziehung des Kredits und eine Zerstörung des freien Realcreditmarktes möglichst zu vermeiden. Andere

Vorschläge laufen darauf hinaus, statt der Zinsherabsetzung Steuererleichterungen vorzunehmen, z. B. die überhöhten Grundvermögenssteuern und Besitzwechselsteuern abzubauen, woraus durchaus keine Steueransätze zu entstehen brauchen, zumal sie ja die Lage des Grundbesitzers zu erleichtern imstande sind. Auch eine Neu- festsetzung der Einheitswerte, entsprechend den wirklichen Tageswerten, wird als wünschenswert bezeichnet. Dringend der Lösung bedarf auch das Problem der Spanne der Bankzinsen für kurzfristige Gelder.

Von den Agrarzollfragen macht die notwendige Neu- regelung des Butterzolls die meisten Schwierigkeiten. Es stehen sich hier die Interessen der deutschen Ausfuhrindustrie und der Landwirtschaft gegenüber, denn gerade die Länder, die nach Deutschland die meiste Butter und die meisten Milchprodukte einführen, wie Holland, Dänemark, sind besonders wichtige Abnehmer deutscher Fertigwaren. In diesen Ländern hat ja bekanntlich eine Bewegung eingesetzt, die nicht ohne Wirkung blieb, so daß weitere Repressalien drohen.

In der letzten Zeit fanden Verhandlungen zwischen Industrie und Landwirtschaft statt, um in der Frage des Butterzolls zu einer Einigung zu gelangen. Die Neu- regelung ist auch deshalb notwendig, weil wir in Deutschland fünf verschiedene Zollsätze für Butter haben und außerdem ein, ohne Rücksicht auf die bisherige Einfuhr, gleiches Einfuhrkontingent für alle Länder, welche die Butter nach Deutschland liefern. Diese Kontingente betragen je 5000 Tonnen und sollen durch proportionale Kontingente (entsprechend der früheren Einfuhr einzelner Länder) ersetzt werden, wobei allgemein nun der gleiche Zollfuß gelten soll. Darüber wurde prinzipiell zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Regelung erzielt, aber nicht über die Höhe der neuen Kontingente und des neuen Zolls. Die Industrie erklärte sich bereit, einen gleichmäßigen Butterzoll von 75 RM für den Doppelzentner zuzustimmen, während die Landwirtschaft mindestens 100 RM verlangte, wozu noch bei valutaschwachen Ländern ein entsprechender Valutazuschlag kommen müßte. Auch verlangt die Landwirtschaft, daß das Höchstkontingent für das Jahr nicht mehr als 50 000 Tonnen betragen dürfte, was ungefähr der Hälfte der Buttereinfuhr des Vorjahres entsprechen dürfte. Es finden zur Zeit Verhandlungen der deutschen Regierung mit den Butterlieferländern, Dänemark, Holland und Finnland, statt, deren Erfolg auch davon abhängt, ob eine Einigung dieser Länder unter sich über die Höhe der Kontingente erzielt wird. Finnland hat nämlich ein gleich hohes Kontingent (5000 Tonnen) wie Holland und Dänemark, nützt es aber, im Gegensatz zu diesen Ländern, nicht aus.

Daneben gibt es auch Bestrebungen, die auf Einführung einer Margarinesteuer gerichtet sind, um unter Abbau anderer Belastungen des Massenkonsums, wie der Zucker-, Salz- und Schlachtsteuer, das Publikum mehr auf den Butter- oder Schweineschmalzabsatz aus der heimischen Landwirtschaft zu verweisen. Diese Anregungen bedürfen freilich sehr gründlicher Überlegung; ihre Behandlung ist auch nicht so dringend, wie die Neu- regelung des Butterzolls, um handelspolitische Schwierigkeiten mit wichtigen Abnehmerländern zu vermeiden.

Kriegslärm in Südamerika

Bolivians Drang nach dem Meer

In Südamerika ist ein alter Streit neu entbrannt, der Streit zwischen Bolivien und Paraguay um den Gran Chaco. Er hat seinen eigentlichen Grund in den ungeklärten Besitzverhältnissen im Chaco boreal, da man es seinerzeit verabsäumt hat, sich hier der Mühe einer genaueren Grenzfestsetzung zu unterziehen. Der Chaco boreal bildet den nördlichen Teil des Gran Chaco, eines Gebietes, das zwischen Bolivien, Paraguay und Argentinien gelegen und etwa doppelt so groß wie Deutschland ist. Er wird von zahlreichen, noch mehr oder weniger wild lebenden nomadisierenden Indianerstämmen bewohnt. Der Wert des Chaco boreal ist unstritten. Auf der einen Seite wird er als unfruchtbares, wasserloses Gebiet geschilbert, von anderer Seite wiederum, wenigstens in gewissen Teilen, als außerordentlich fruchtbar und als ein Land der Zukunft bezeichnet. Der Streit schwieg, so lange Bolivien in Antofagasta an der pazifischen Küste einen eigenen Ausgang zum Meere besaß. Er lebte erst auf, als Bolivien dieser Ausgang Anfang der achtziger Jahre im Kriege zwischen Chile, Peru und Bolivien zusammen mit den Gebieten von Tacna-Arica von Chile genommen und Bolivien damit vom Meere vollständig abgeschnitten wurde. Es drängt nun seitdem über den Chaco nach dem Stromgebiet des Rio Paraguan, das bekanntlich in die große Weltverkehrsstraße des La Plata mündet und Bolivien über dieses den Weg nach Buenos Aires und dem Atlantischen Ozean öffnen soll. Dieses Drängen stieß von Anfang an auf den heftigsten Widerstand von Paraguay, das den Chaco als sein rechtmäßiges Eigentum betrachtet. Die Folge davon waren sich dauernd häufende Zusammenstöße zwischen bolivianischen und paraguayischen Grenzpostierungen, die jetzt zu kriegerischen Bewildungen geführt haben.

Der Völkerverbund steht möglicherweise vor einer neuen, schweren Niederlage. Wie damals im japanisch-chinesischen Konflikt, haben nun auch Bolivien und Paraguay erklären lassen, daß keine Vermittlungsaktion des Völkerverbundes den Fortgang der kriegerischen Auseinandersetzungen aufhalten könnte.

Österreich stimmt dem Lausanner Anleiheprotokoll zu. Der Hauptausschuß des österreichischen Nationalrats hat das Lausanner Anleiheprotokoll mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Amerika. Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterverbandes, Green, schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den USA. Ende Juni d. J. auf 11 223 000.

Wieder zehn Todesurteile in Peru. Das Kriegsgericht in Lima hat zehn Revolutionäre zum Tode und 15 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Fünf der Verurteilten sind bereits hingerichtet worden.

Sortdauer der politischen Gewaltakte Eine Reihe neuer Ausschreitungen

wird gemeldet. Die Unruhen in Ostpreußen dauern an. In Rastenburg haben sich neue parteipolitische Überfälle ereignet. In Ortelsburg wurde auf ein Kaufhaus von einem Kraftwagen aus eine Bombe geworfen. In Gleiwitz (Oberschlesien) wurden in einem SA-Geheim Munition und Pistolen beschlagnahmt. Dort wurde auch in die Wohnung des Ortsgruppenleiters der Nationalsozialisten eine Handgranate geworfen. Weiter haben sich in der vergangenen Nacht in mehreren Städten Ostpreußens Zwischenfälle ereignet, die sich im wesentlichen darauf beschränken, Schaufensterheben und Scheiben privater Wohnungen durch Steinwürfe zu zertrümmern.

Anschlag auf die Reichsbanknebenstelle Lözen

WZ. Lözen, 5. Aug. (Tel.) In der Nacht zum Freitag gegen 1.10 Uhr, wurde auf die hiesige Reichsbanknebenstelle ein Bombenanschlag verübt. In der Hauptfront, Hindenburgstraße, wurde an den Pfeilern, die einen Balkon tragen, eine Bombe niedergelegt und zur Entzündung gebracht. Der Sprengkörper explodierte mit lauter Detonation. Der untere Teil des einen Pfeilers wurde beschädigt; die Scheiben des großen Fensters zum Kassenraum wurden zertrümmert und durch Splitter in der Betondecke des Kassenraums und des Balkons weitere Beschädigungen angerichtet. Wenige Augenblicke nach der Explosion eilten Passanten und Polizei herbei, die jedoch in den Zugangsstraßen keine verdächtigen Personen gesehen hatten. Die Polizei nimmt daher an, daß die Bombe mit Zeitschloß versehen war.

Mord in einem Chemnitzer Café

WZ. Chemnitz, 5. Aug. (Tel.) Im Café Herold, das als Verkehrslokal der NSDAP gilt, wurde heute nacht der 31jährige Dentist Krebeck von einem unbekannten Täter durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Wie dazu amtlich mitgeteilt wird, wurden die Gäste in dem betreffenden Café von zwei unbekannten Personen, die vorher friedlich ihr Bier getrunken hatten, plötzlich mit vorgehaltenen Pistolen aufgefordert, die Hände hochzuheben. In dem darauf folgenden Handgemenge erhielt der Dentist von einem der beiden Unbekannten einen Schuß in den Kopf. Die Täter, von denen einer durch einen Wurf mit einem Bierglas verletzt wurde, konnten zunächst entkommen; später aber wurde der Verletzte aufgegriffen und festgenommen. Die Ermittlungen über die Parteizugehörigkeit der Täter haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Der erschossene Dentist ist parteilos.

Ausführungsvorschriften zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst

WZ. Berlin, 5. Aug. (Tel.) Die Ausführungsvorschriften des Reichsarbeitsministers zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst sind in diesen Tagen veröffentlicht worden. Den Vorschriften kommt besondere Bedeutung für die Praxis zu, weil die Verordnung vom 16. Juli 1932 im wesentlichen programmatischen Charakter trägt und in erster Linie die allgemeinen Grundsätze für die Neuordnung gebracht hat. Die Ausführungsvorschriften treten ab 1. August 1933 in Kraft.

Trauerfeierlichkeiten um Dr. Seipel

WZ. Wien, 5. Aug. (Tel.) Im Aufbahrungsraum des Miklarsklosters begannen heute vormittag die offiziellen Trauerfeierlichkeiten für Österreichs großen Staatsmann. Die zweite Einsegnung erfolgt im Anschluß hieran im Stephansdom, worauf eine Gedenkfeier an der Wägr Seipels vor dem Parlament stattfindet.

Gestern zogen gegen 100 000 Personen, darunter zahlreiche Abordnungen aus den Nachfolgestaaten, sowie viele Ausländer am offenen Sarge des toten Bundeskanzlers vorbei.

Kleine Chronik

Die Verbrecherjagd in Slettin, über die schon berichtet wurde, hat einen Toten der flüchtenden Verbrecher und fünf Schwer- verletzte gefordert. Außer dem bei der Schießerei schwerverletzten Passanten, der ins Krankenhaus gebracht wurde, und dem verletzten Beamten der Wasserjagdpolizei erlitt bei der Verfolgung des Täters eine Passantin einen Beinbruch und ein Mann einen Halsbruch. Vorher hatte das Überfallkommando auf dem Karabepiaz einen Radfahrer überfahren; auch dieser wurde schwer verletzt. Der Verbrecher ist der 32jährige österreichische Staatsangehörige Kaufmann Nikolaus Starob aus Garßen.

Das Lieferauto des Viktoria-Theaters in Finkenbach verunglückte heute früh auf der Fahrt nach Kreuznach bei Theodorshall, wobei ein Mann und eine Frau den Tod fanden. Fünf Personen mußten mit schweren Verletzungen in das Diakonissenhaus nach Kreuznach geschafft werden.

Eine schwere Überschwemmungskatastrophe hat die Ostmark betroffen. Mehrere Flüsse sind über die Ufer getreten und haben weite Gebiete überflutet. Eine japanische Truppenabteilung ist vollkommen abgeschnitten und muß durch Flugzeuge verproviantiert werden. Es droht Hungersnot.

Freiburger Universitäts-Ferienturse für Ausländer

Mit dem Ende des Sommersemesters beginnen auch dieses Jahr wieder die Ausländer-Kurse der Freiburger Universität, die den ausländischen Teilnehmern Gelegenheit geben sollten, ihre in der Heimat erworbenen Deutschkenntnisse zu erweitern und zu vertiefen. Bei dem traditionellen Begrüßungsakt in der Aula der Universität konnte Rektor, Professor Dr. Sauer, die stattliche Zahl von 103 Kursteilnehmern aus fast allen Ländern Europas und den übrigen Teilen der alten und neuen Welt, willkommen heißen und seiner Genugtuung Ausdruck geben, daß trotz Wirtschaftskrise und politischen Tageskampfes Deutschland und gerade Freiburg dank seiner kulturellen und landschaftlichen Vorzüge seine Anziehungskraft als Studienaufenthaltsort behauptet habe. Der Leiter der Kurse, Universitätsprofessor Dr. Sütterlin, sah in dem starken Besuch der Kurse durch ausländische Hörer den neuerlichen Beweis für ihre Notwendigkeit und ihre Bedeutung für die Einführung von Ausländern in deutsches Schrifttum, deutsche Sprache, deutsche Landschaft und deutsche Kultur. Auf einem anschließenden Tee entbot Bürgermeister Dr. Fohrer in Vertretung des beerlaubten Oberbürgermeisters den ausländischen Gästen in humorvollen Worten die Willkommengruße der Stadt Freiburg.

Aus den Ländern

Koalitionsgespräche in Preußen

In Wien haben interne Besprechungen im Lager der Zentrumspartei stattgefunden, welche jedoch lediglich einen unverbindlichen Meinungsaustausch darstellten. Die Grundrichtung der Auffassung in den Kreisen des Zentrums scheint dahin zu gehen, daß Deutschland die gebotenen Konsequenzen aus den Wahlen zu ziehen habe, und daß demzufolge die Nationalsozialisten an die Verantwortung herangebracht werden müssen. Prälat Kaas ist seit längerer Zeit ernstlich krank und weilt zur Wiederherstellung seiner Gesundheit im Süden. Der Abg. Joos führt für ihn die Geschäfte. Beim preußischen Zentrum scheint — deutschnationalen Blättern zufolge — die Neigung zu bestehen, in Preußen unter gewissen Bedingungen jetzt in eine Koalition mit den Nationalsozialisten einzuwilligen. Bei den Nationalsozialisten scheinen die Auffassungen noch geteilt zu sein, doch ist nicht zu verkennen, daß ein Flügel der Partei darauf drängt, nunmehr in die Regierung einzutreten, auch wenn dazu eine Koalition mit dem Zentrum erforderlich ist.

Der Kurs in Bayern

Die „Bayer. Volkspartei-Correspondenz“ nimmt zu einer von dem Berliner nationalsozialistischen Organ „Der Angriff“ erhobenen Forderung auf einen Kurswechsel in Bayern Stellung und schreibt u. a.:

„Der bisherige Kurs in Bayern, den die Berliner Nationalsozialisten beenden haben wollen, bestand bekanntlich in wesentlichen in Sauberkeit der Verwaltung, Wahrung der Staatsautorität, Verteidigung des staatlichen Eigenlebens Bayerns im Rahmen des Deutschen Reiches, Ordnung der Staatsfinanzen, erprießlichen Zusammenarbeitens zwischen Staat und Religionsgesellschaften. Die Berliner Nationalsozialisten verlangen Garantien, daß dieser Kurs geändert werde. Wir nehmen von diesem Verlangen geziemend Kenntnis. Es sei nur das eine dazu bemerkt, daß die Bayerische Volkspartei geschlossen hinter dem Wort steht, das Staatsrat Schäffer als Landesvorsitzender der Partei am letzten Sonntag im Hauptquartier gesprochen hat: „Das Braune Haus muß sich damit abfinden, daß das System Feld in Bayern bleibt.“

In Kreisen der Bayerischen Volkspartei scheinen, was eine Mitarbeit an der Regierung im Reich anlangt, die Meinungen geteilt zu sein. Dem „B. V.“ zufolge gibt es Freunde der „Tolerierung“ in dieser Partei. Sie glauben, es sei illusorisch, zu glauben, die gegenwärtige Reichsregierung werde sich durch die Zwangsmaßnahmen einer parlamentarischen Opposition hindern lassen, das auszuführen, was sie sich vorgenommen habe; erhalte sie vom Reichstag kein Ermächtigungsgesetz oder nicht wenigstens, durch Ablehnung von Mißtrauensvoten, ein indirektes Vertrauensvotum, so werde sie eben ohne Parlament „geschäftsführend“ und mit dem Artikel 48 regieren. Opposition der beiden katholischen Parteien würde also an der tatsächlichen Entwicklung gar nichts ändern. Tolerierung hingegen würde doch wenigstens bewirken, daß sich diese Entwicklung auf parlamentarischem Unterbau, also verfassungsmäßig, vollzöge, und daß die Bayerische Volkspartei das Obium nicht auf sich nehmen müßte, die Reichsregierung auf den Weg des verfassungsrechtlichen Experiments gedrängt zu haben.

Silbspolizei im Lande Braunschweig?

In einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei der Stadt Braunschweig machte der Vorsitzende Dr. Langebartsch Mitteilungen, nach denen die Errichtung einer Silbspolizei im Land Braunschweig bevorstehe. Die Deutschnationale Volkspartei habe dem Minister Klages ihre Zustimmung gegeben unter der Bedingung, daß diese Silbspolizei paritätisch errichtet und nicht nur von der S. L. gestellt werde, sondern auch vom Stahlhelm. Begründet wurde diese Maßnahme vom Redner mit der Notwendigkeit der Entsendung von Polizeiverstärkungen auf das Land, die auch nicht schnell genug zur Stelle sein könnten. Im Zusammenhang mit den jüngsten Vorwommnissen, namentlich im Kreise Blankenburg, sprach sich der Redner weiter für ein Verbot der kommunistischen Partei aus.

Mecklenburg, Oldenburg und Anhalt

In drei deutschen Ländern haben die Nationalsozialisten nach den Reichstagswahlen, in Mecklenburg, Oldenburg und Anhalt, nicht mehr die bisherige Mehrheit. In Mecklenburg-Schwerin sind die Nationalsozialisten am 31. Juli in eine ausgeglichene Minderheit geraten. Während im Landtag die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit — 30 von 59 Abgeordneten — haben, würden sich, wenn man den Landtag nach dem Ergebnis der Reichswahl zusammenstellt, 36 Abgeordnete aller übrigen Parteien 30 Nationalsozialisten gegenüberstellen. In Anhalt würden nach den Ziffern der Reichstagswahlen die Mehrheit der Rechte (20 : 16) verschwinden und ein Gleichgewicht der Kräfte von 18 : 18 eintreten. In Oldenburg besitzen die Nationalsozialisten seit dem 29. Mai von 46 Mandaten 24, also mehr als die Hälfte. Nach den Reichstagswahlen, auf die Landtagsverhältnisse umgerechnet, würde Stimmengleichheit von 24 : 24 eintreten.

Die Reichsbahn im Juni

Rückgängiger Personenverkehr

Im Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn stand im Monat Juni einer leichten Belebung jahreszeitlich beeinflusster Gütertransporte eine nicht unbeträchtliche Abfall im Versand von Baustoffen, Industriefolien und künstlichen Düngemitteln gegenüber.

Der Personenverkehr blieb im Juni beträchtlich hinter dem des Vormonats zurück, obgleich die Reichsbahn verschiedene Maßnahmen zur Belebung des Personenverkehrs getroffen hatte. Der Verkehr wurde insbesondere durch die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse beeinträchtigt. Die Betriebseinnahmen beliefen sich im Juni auf insgesamt 225,42 Millionen RM. (im Vormonat 243,36), die Gesamtausgaben auf 222,87 (312,57) Millionen RM. Die Gesamteinnahmehausfälle in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1932 betragen gegenüber 1931 im Personen- und Gepäckverkehr 120,6 Millionen RM., im Güterverkehr 367,6 Millionen RM. und bei den Gesamteinnahmen 530,0 Millionen RM.

Deutsche Ruhestandsbeamte in der Schweiz. Vor Erlass der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 war ein Ruhestandsbeamter in der Wahl seines Wohnorts nicht beschränkt. Er genoss wie jeder andere Staatsbürger auch das ungeschmälerete Recht der Freizügigkeit und durfte wohnen, wo es ihm beliebte. Jetzt werden die Ruhestandsbeamten, die in Basel, Kreuzlingen usw. wohnen, gezwungen, auf deutschem Boden Wohnung zu nehmen, mit der Androhung, daß ihnen nach Ablauf einer Frist weder Pensionen noch Gehälter weiter ausbezahlt werden.

Rückbildung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau. Wie aus Essen gemeldet wird, haben die Bergarbeiterorganisationen das Mehrarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau zu dem nächst möglichen Termin, nämlich zum 30. September d. J., gekündigt.

Riesenbrand in Chicago

Tausende Stück Vieh verbrannt

CHICAGO, 5. Aug. (Tel.) Eine Fleischkonserverfabrik ist durch ein Riesenfeuer zerstört worden, das Donnerstagnachmittag in zwei Blöcken der südwestlichen Fabrikgegend wütete. Tausende Stück Vieh sind lebendig verbrannt. Der Schaden wird auf viele Millionen Dollar geschätzt.

Das Riesenfeuer im Schlachtwiertel brach in einem Getreide-Silo aus und breitete sich rasch auf die Schlächtereien und Viehhöfe der Omaha-Packing-Plant-Comp. aus. Es bedrohte auch zeitweilig die benachbarten Gebäude. An der Belämpfung der Katastrophe nahm die gesamte verfügbare Feuerwehr der Stadt teil. Auf den großen Zufahrtsstraßen nach dem Südwesten stockte eine zeitlang der gewaltige Riesenverkehr. Die städtische Polizei hatte den ganzen gefährdeten Komplex abgesperrt, was sie aber nicht verhindern konnte, daß sich hunderttausende von Menschen an den Sperreketten anammelten, um das einzigartige Schauspiel zu bestaunen. Am Brandherd selbst, einer relativ kleinen Stelle, arbeiteten hunderte von Feuerwehrleuten in qualvoller Enge und unter fürchterlichsten Bedingungen. Immer von neuem stießen sie vor und nur ihrer Aufopferung ist es zu danken, daß den Flammen Einhalt getan werden konnte. Der Getreidesilo, der zuerst Feuer fing, ist völlig zerstört. Millionen Kubel Getreide sind Opfer der Flammen geworden. Oberflächliche Schätzungen begreifen hier den Schaden auf etwa eine Million Dollar. In den Gärten des Viehsofes sind in die Tausende gehende Stück Großvieh und Kleinvieh verbrannt. Man glaubt, daß hier der Schaden etwa fünf Millionen Dollar beträgt.

Abgeordneter Dr. Perittius 60 Jahre alt. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des bisherigen Reichstages, Dr. Ludwig Perittius, vollendet am heutigen 5. August sein 60. Lebensjahr.

Der Weltbund für freies Christentum und religiöse Freiheit. Eine Zusammenkunft freisinniger Theologen aus Skandinavien, Deutschland, Holland und der Schweiz, wird am 10. und 11. August in Frankfurt a. M. abgehalten.

Badischer Teil

Die Feier des Verfassungstages

** Wie mitgeteilt wird, hat der Stadtrat Karlsruhe es abgelehnt, die seit Jahren übliche Verfassungsfeier gemeinsam mit dem Staatsministerium abzuhalten.

Aus diesem Grunde veranstaltet das Staatsministerium am Verfassungstag, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Landtags eine amtliche Feier, zu welcher persönliche Einladungen ergehen werden.

Die badische Landwirtschaft im Juni 1932

Der Witterungsverlauf im Juli war im ganzen gesehen für die badische Landwirtschaft wenig günstig. Die Erntearbeiten wurden durch das unbefriedigende Wetter stark verzögert. Die Wintergerste-Ernte war bis Ende Juli im allgemeinen geborgen, mit Ausnahme in den ausgesprochenen Höhenlagen. Die Winterroggen- und Sommergerste-Ernte ist in der Höhe ebene in den wenigen schönen Tagen größtenteils eingebracht worden. Auch die Weizenernte hat bereits eingeleitet. Die Ernteaussichten müßte im großen und ganzen als befriedigend bezeichnet werden. Abgesehen von denjenigen Landstrichen, die durch das Unwetter heimgejagt worden sind, berechnen die Feldfrüchte zu den besten Hoffnungen.

Der Winterroggen verspricht einen guten Ertrag. Die Wintergerste hat sehr unterschiedlich gedroschen. Im ganzen gesehen hat die Ernte befriedigt. Die Winterweizen-Ernte verspricht in allen Teilen des Landes einen guten Mittelertrag. Die Sommerweizen-Ernte ist in der Höhe ebene in den meisten Gebieten durch den Regen beherrschert, eine Vollernte erwarten. Bei Sommergerste darf ebenfalls mit einem guten Mittelertrag gerechnet werden. Dagegen wird der Hafer in einzelnen Gebieten infolge früher Lagerung im Ertrag und in der Qualität zu wünschen übrig lassen.

Sehr günstig stehen die Hackfrucht-Erträge, namentlich Zuckerrüben und Kartoffeln. Bei den Kartoffeln macht sich verschiedentlich Schwarzbeinigkeit und Rhizophtora bemerkbar. Bei den früh- und mittelfrühen Kartoffelsorten ist auf den Sandböden der Rheinebene verschiedentlich Schorf aufgetreten. Sehr gut stehen auch die Ackerfutterschläge. Das Schind verspricht im allgemeinen einen guten Ertrag.

Im Tabakbau sind die frühesten Bestände kräftig entwickelt, so daß schon gegen Mitte des Monats geküßt werden konnte. In einzelnen Anbaugebieten trat zu Beginn des Juli die Wildfeuerkrankheit auf, kam aber bald wieder zum Stillstand.

Die Obsterte wird in diesem Jahr wieder sehr unterschiedlich sein. Die Pfäfen- und Frühweizenernte, sowie die Pfirsichenernte fällt gut aus. Auch bei Spätweizenernte sind die Aussichten im großen und ganzen zufriedenstellend. Apfel und Birnen dagegen bringen nur einen geringen Ertrag. Der Stand der Neben ist nur teilweise gut.

Die Kanalarisierung

Der Stand der Arbeiten an den Staustufen Hirschhorn und Rodenau

Die Bauarbeiten an den im Bau befindlichen Staustufen Hirschhorn und Rodenau sind nunmehr schon so weit vorgeschritten, daß sie voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres vollendet werden.

Bei der Rodenauer Stufe oberhalb Eberbach werden zur Zeit die gewaltigen Turbinenanlagen im Kraftwerk eingebaut. In einer Besichtigung wurde darauf hingewiesen, daß die Bauten Ende November oder Anfang Dezember in Betrieb seien, vorausgesetzt, daß bis dahin der Streit um die Freileitung oder Verlabelung zwischen den Verwaltungsbehörden und dem Abnehmer des Stromes, nämlich dem Rhein-Werft. Elektrizitätswerk, entschieden sei. Aber die Kettenfährrschiffahrt, die früher auf der Strecke von Mannheim nach Heidelberg und jetzt nur noch oberhalb der fertiggestellten Staustufen tätig ist, hörte man, daß ohne Kanalarisierung die Schleppschiffahrt wahrscheinlich in wenigen Jahren in ihrem Betrieb ruiniert worden wäre. Die Fahrzeuge seien überaltert, auch die Kette hätte erneuert werden müssen. In dem kanalarisierten unteren Neckar arbeitet die Kettenfährrschiffahrt nunmehr mit Dieselmotoren, die billiger fahren und sogar Gewinn abwerfen. Mit diesem Durch ist der unrentable Betrieb im oberen Teil des Stromes durch die Kettenfährrschiffahrt gesichert. Die Absicht, einen Schutzhafen bei Eberbach zu schaffen, ist fallen gelassen worden.

Die Baukosten einer Stufe wie der von Hirschhorn oder Rodenau, belaufen sich auf rund 7,5 Millionen Reichsmark, hiervon sind rund 75 Prozent, gleich 5,6 Millionen Reichsmark, Aufwendungen für Löhne und Gehälter. Die durchschnittliche Arbeiterzahl an jeder Staustufe beträgt 500. Die Finanzierung des Kanalbaus erfolgt, wie bekannt, durch Baudarlehen des

Reiches sowie der Länder Baden, Württemberg und Hessen, durch eine langfristige Anleihe der Neckar-W., ferner durch 7 Millionen holländische Gulden durch das Rhein-Werft. Elektrizitätswerk. Die gesamten Baukosten der Kraftwerke oberhalb Heidelberg bis Heilbronn werden in 25 Jahren amortisiert.

Aus der badischen Industrie

Bevorstehende Entlassungen bei Lang. Die Firma Heinrich Lang & Co. in Mannheim hat infolge des saisonmäßig bedingten Beschäftigungsrückganges 150 Arbeitern gekündigt. Die Entlassung weiterer 800 Leute soll im Laufe der nächsten Wochen erfolgen.

Gemeinderendebau

42 811 Arbeitslose in Mannheim. Das Arbeitsamt Mannheim zählte am 30. Juli insgesamt 42 811 Arbeitslose, davon 35 550 Männer und 9 261 Frauen. Die Abnahme gegenüber der letzten Zählung beträgt 920. Auf die Stadt entfallen 26 064 Männer und 7 816 Frauen, auf die Landgemeinden 7 486 Männer und 1 445 Frauen.

Neue Randsiedlungen in Mannheim. Den bereits bestehenden Mannheimer Randsiedlungen werden in nächster Zeit neue folgen. Zunächst sind 10 Siedlerstellen am Wormser Weg borgegeben, außerdem werden zur Zeit die Vorarbeiten für weitere 100 Siedlerstellen geleistet, die zur Hälfte aus Reichs- und Privatmitteln finanziert und in Friedrichsfeld, Käferthal und Neckarau erstellt werden.

Voranschlag in Ladenburg abgelehnt. Der Gemeinderat Ladenburg (bei Weinheim) lehnte den Voranschlag für das laufende Jahr, der einen erheblichen Fehlbetrag aufweist, ab, so daß er auch nicht vom Bürgerausschuß beraten wird. Die Aufstellung eines Zwangsetats wird sich nicht mehr vermeiden lassen. Aberdies sieht sich die Gemeinde in absehbarer Zeit vor die Frage gestellt, woher sie die Gelder für die Wohlfahrtspflege nehmen soll.

Der Bürgerausschuß Niederweiler genehmigte mit Stimmmehrheit den Voranschlag für 1932/33, der bei 42 000 RM. Ausgaben und 24 000 RM. Einnahmen mit 18 000 RM. ungedecktem Aufwand abschließt. Es ist die Erhebung einer Umlage von 130 Pf. für das Grundvermögen, 54 Pf. für das Betriebsvermögen und 939 Pf. für den Gewerbeertrag notwendig.

Lahrer Voranschlag vom Bürgermeister in Kraft gesetzt. Nachdem der Stadtrat in Lahr den Voranschlag für 1932 abgelehnt hat und ein Vertagungsantrag keine Mehrheit gefunden hat, hat der Bürgermeister den Voranschlag für 1932 in Kraft gesetzt. Zur Deckung des ungedeckten Aufwandes von 943 000 RM. ist die Verwendung von Überschüssen und Rücklagen in Höhe von 361 000 RM. notwendig. Außerdem muß erhoben werden die Umlage in der bisherigen Höhe, die Bürgersteuer im dreifachen Betrag, statt des bisher erhobenen einfachen Betrages, sowie die Fälligkeit.

Die Lahrer Bürgerausschussung am Mittwoch erfreute sich einer außerordentlich starken Teilnahme der ganzen Bevölkerung. Der Zuschauerraum war überfüllt und Hunderte von Zuhörern konnten keinen Platz mehr finden. Mit allen gegen eine Stimme beschloß der Bürgerausschuß, die Diensträume des Rathauses in die frühere Villa Sander zu verlegen. Der Bildung einer Milchgenossenschaft unter städtischer Beteiligung mit 10 000 RM. wurde mit allen gegen drei sozialdemokratische und sieben kommunistische Stimmen, bei einer Stimmenthaltung des Zentrums zugestimmt. Schließlich wurden noch 66 000 RM. für Poststandsarbeiten (Begegnungsstellen) bewilligt.

Aus der Landeshauptstadt

Die Ladengeschäfte in Karlsruhe sind anlässlich des Feuerwehrtages am Sonntag, den 7. August, in der Zeit von 11 bis 6 Uhr geöffnet.

Rundfunkübertragungen vom 21. Deutschen Feuerwehrtag. Neben den bereits angeführten beiden Rundfunkübertragungen vom 21. Deutschen Feuerwehrtag in Karlsruhe, der Eröffnungsfeier der Feuerwehrausstellung mit anschließender Juntreportage über den Feuerwehrtag am Freitagvormittag um 11 Uhr und neben der Übertragung des großen Zapfenstreichs vom Feuerwehrtag im Karlsruher Stadtgarten am Sonntag, dem 7. August, um 22,35 Uhr, bringt der Süddeutsche Rundfunk noch eine „Betrachtung“ anlässlich des 21. Deutschen Feuerwehrtages in Karlsruhe. Diese wird am Freitag, dem 5. August, in der Zeit von 15,45 bis 16 Uhr von Schriftleiter Jahn in Karlsruhe gelesen werden.

Kapitän Schneiders Löwen in Karlsruhe. Im Rhönig-Stadion im Karlsruher Wildpark sind die feierliche in Straßburg festgehaltenen 75 Löwen eingetroffen und aufgestellt worden, die früher Kapitän Schneider, einem der bekanntesten Löwendompteure der Welt, gehörten. Kapitän Schneider ist bekanntlich in Italien in Zahlungsschwierigkeiten geraten und mußte seinen berühmten Zirkus aufgeben. Die Tiere werden eine Zeitlang in Karlsruhe zur Schau gestellt werden.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die letzte Vorstellung der Operette „Die Geisha“ von Sidney Jones am vergangenen Mittwoch wurde von den zahlreichen Besuchern wieder begeistert aufgenommen. Das Publikum bejubelte Aufführung und Darstellung. Heute abend 20 Uhr wird die Operette wiederholt. Ferner dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, daß sich die Generaldirektion entschlossen hat, in der nächsten und übernächsten Woche die hier immer gern gesehene Operette „Die Fiebermaus“ von Johann Strauß aufzuführen, was sicherlich allgemein begrüßt werden wird. Mit Rücksicht auf den Spielplan können nur drei Vorstellungen vorgegeben werden, worauf jetzt schon aufmerksam gemacht wird. — Dem Gastspiel am kommenden Sonntagmorgen in Landau, woselbst auf einer Freilichtbühne die Behärsche Operette „Friederike“ zur Aufführung gelangt, wird von der dortigen Bevölkerung das größte Interesse entgegengebracht. — Etwas ganz besonderes wird aber die Übertragung eines „Sünten Nachmittags“ am Sonntag, den 21. Aug., 16—18 Uhr durch den Süddeutschen Rundfunk vom Karlsruher Senderraum aus bedeuten. Die beliebtesten Schläger des Operettenprogramms, gesungen von Prominenten, werden zu hören sein und mit dazu beitragen, die Popularität der Sommer-Operette zu steigern.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Ein Ausläufer des Azorenhochs arbeitet sich langsam auf dem Festland vor, ohne daß bisher eine Änderung unserer Witterung eingetreten wäre. Es ist auch morgen im wesentlichen mit der Fortdauer der kühlen und zeitweise regnerischen Witterung zu rechnen. Wettervorausage: Im wesentlichen Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 413 plus 12, Basel 215 plus 10, Schutterinsel 290 plus 15, Rheinweiler 57 plus 15, Rehl 412 plus 14, Maxau (gestern richtig) 559 plus 12) 579 plus 20, Mannheim 470 plus 24, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Politische Schlägereien in Lörach

51b. Lörach, 4. Aug. In der Mittwochnacht lauerten Anhänger der Kommunistischen Partei in verschiedenen Stadtteilen einzelne heimkehrende SA-Leute auf. Die Bedrohten holten Hilfe und konnten so im Schutze ihrer Kameraden unbehelligt nach Hause gehen. Nur in der Auheren Spitalstraße, wo regelmäßig Kommunisten auf Lauer stehen, kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Kommunist so schwere Kopfverletzungen erlitt, daß er ins Spital überführt werden mußte. Lebensgefahr soll nicht bestehen. Wie berichtet wird, tragen die Schuld an dieser Schlägerei allein die Kommunisten, da von nationalsozialistischer Seite alles vermieden wird, was Schlägereien hervorrufen könnte.

DJ. Gochsheim bei Bretten, 5. Aug. Der dreijährige, mit 140 Stücken bestandene Weinberg eines hiesigen Landwirts wurde in der letzten Nacht völlig vernichtet. Sämtliche Stöcke waren abgehackt worden. Es handelt sich hier um einen gemeinen Racheakt, der um so verwerflicher ist, als der Weinberg einen prachtvollen Wehgang aufwies.

* Raftatt, 5. Aug. Am heutigen Tage sind 40 Jahre vergangen, seit Herr Revisionsoberinspektor Karl Kirchenbauer beim Bezirksamt Raftatt in den badischen Staatsdienst eingetreten ist. Aus diesem Anlaß versammelte Landrat Trilschler am Vortage die Beamtenschaft des Bezirksamts, des Bezirkswohnungsverbands und des Bezirksfürsorgeverbands, um Herrn Kirchenbauer in feierlicher Weise das Glückwunschschreiben des Staatsministeriums zu überreichen und ihm herzlich mit allen guten Wünschen für seine Zukunft Dank zu sagen für seine vorbildliche Arbeitsleistung.

DJ. Forbach, 5. Aug. Gestern wurden drei Kinder von einem Manne vom Tode des Ertrinkens gerettet. Wie wir hierzu erfahren, handelt es sich bei dem Retter um den Bürgermeister Friß von hier.

W.D. St. Peter bei Freiburg i. Br., 5. Aug. (Tel.) Bei dem gestern nachmittag über die hiesige Gegend niedergegangenen Gewitters schlug der Blitz in den Kapeterhof am Hochgericht und zündete. Der stattliche Hof fiel den Flammen fast vollständig zum Opfer. Das Vieh und die Fahnenstange konnten zum größten Teil gerettet werden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	5. August		4. August	
	We.	Brie	We.	Brie
Amsterdam 100 G.	169.58	169.92	169.63	169.97
Kopenhagen 100 Kr.	78.77	78.93	79.22	79.38
Italien . . . 100 L.	21.48	21.52	21.46	21.50
London . . . 1 Pf.	14.65	14.69	14.75	14.79
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.85	82.01	81.89	82.05
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Börsen und Geldmarkt

In der ersten Hälfte der Berichtswochen herrschte an der Börse im allgemeinen große Geschäftstille, aber die Grundstimmung war — überraschenderweise — doch recht zuversichtlich und überwiegend fester. Man gab sich dabei der Hoffnung hin, daß die Reichstagswahlen keine Überraschung bringen, daß vielmehr die Kontinuität der Regierung durch die Wahlen nicht durchbrochen, und daß es gelingen werde, innenpolitisch zu normalen Verhältnissen zu kommen, wobei der für die nächste Zeit nach den Wahlen angeordnete Burgfrieden als ein guter Anfang bewertet wurde. In der Folge erfolgte denn auch das Ergebnis der Wahlen zunächst eine ruhige und zuberichtigte Aufnahme. Es stellte sich, veranlaßt insbesondere durch die Festigkeit der deutschen Werte im Ausland, sowohl am Aktien- wie auch am Rentenmarkt eine beachtenswerte Festigkeit ein. Späterhin gab es dann allerdings Schwankungen, als die Spekulation infolge schwächerer Kurse in London zu Marktstellungen überging. Dies wirkte sich aber nur auf dem Aktienmarkt aus,

während die festverzinslichen Werte festblieben. Alt- und Neubesitz standen dabei im Vordergrund des Interesses. Zum Schluß bemächtigte sich der Börse dann eine schwächere Haltung, weil das Publikum offenbar die Weiterentwicklung der politischen Dinge abwarten will und weil auch der Burgfrieden bis jetzt den erhofften Erfolg nicht gehabt hat.

Der Ultimo ist am Geldmarkt gut überwunden worden. Immerhin war der Geldbedarf, wohl besonders im Hinblick auf die Getreideernte, etwas größer als im Vormonat. Tagesgeld stieg bis auf 6 Prozent. Der Privatdiskont brauchte nicht geändert zu werden und verblieb auf 4 Prozent. Späterhin machte sich eine Erleichterung bemerkbar. Tagesgeld war dann mit 5 1/2 bis 5 3/4 Proz. erhältlich. Am Devisenmarkt zeigte das Pfund eine leichte Erholung, während die Mark im Ausland wenig Veränderung erfuhr. Der letzte Reichsbankausweis wurde als befriedigend angesehen. Am Ultimo war die Neubearbeitung der Reichsbank verhältnismäßig gering. Es gab auch eine kleine Erhöhung des Goldbestandes.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abt.) vom 3. August 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 3. August für eine Unze Feingold 117 sh 2 d., in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein engl. Pfund vom 3. August mit 14,80 RM, umgerechnet 86,7034 RM, für ein Gramm Feingold demnach 45,2039 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,78758 RM.

Mannheimer Hafenerkehr im Juli

Der Rheinegel bewegte sich zwischen 403 und 585 Ztm., der des Neckars zwischen 401 und 582 Ztm. Der Wasserstand war also günstig. Die Fahrzeuge konnten ihre Reise ohne Vornahme von Reichierungen nach dem Oberrhein fortsetzen. Auf Ende Juli waren 71 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 73 076 Tonnen stillgelegt.

Im Gesamtumschlag mit 384 125 Tonnen (im Vorjahr 448 899 Tonnen) konnte gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von 1215 Tonnen festgestellt werden.

Rheinerkehr:

Ankunft: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft 284 und 528 Schleppfähne = 311 900 Tonnen.
Abgang: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft 281 und 531 Schleppfähne = 52 416 Tonnen.

Neckarverkehr:

Ankunft: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft 4 und 58 Schleppfähne = 10 256 Tonnen.
Abgang: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft 4 und 77 Schleppfähne = 9553 Tonnen.

Auf den Handelshäfen entfallen: Ankunft 184 659 Tonnen, Abgang 48 583 Tonnen; auf den Industriehäfen: Ankunft 67 046 Tonnen, Abgang 9723 Tonnen; auf den Rheinauhäfen: Ankunft 70 451 Tonnen, Abgang 3863 Tonnen.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff beträgt auf dem Rhein 7866 Tonnen, auf dem Neckar 3069 Tonnen.

Auf dem Neckar sind 23 direkte Schleppzüge und 7 Lokalzüge abgegangen.

In Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt: im Handelshafen 12 005, im Industriehafen 9104 und im Rheinauhafen 9571 10-Tonnen-Wagen.

Karlsruher Hafenerkehr im Juli

Im Juli 1932 hat der Wasserstand des Oberrheins verhältnismäßig wenig geschwankt. Am Pegel zu Maxau gemessen, hat er sich zwischen 515 Zentimeter am Anfang des Monats, 679 Zentimeter am 13. Juli und 571 Zentimeter am Ende des Monats bewegt. Für die Großschiffahrt nach Karlsruhe war der Wasserstand im Juli 1932 hiernach günstig.

Im Karlsruher Rheinhafen sind in diesem Monat 106 Güterboote und Motorschiffe, sowie 222 Schleppfähnen angekommen und 108 Güterboote und Motorschiffe, sowie 229 Schleppfähnen abgegangen. Im Juli 1932 war sonach der Schiffsverkehr im Karlsruher Rheinhafen sowohl bei der Ankunft, wie beim Abgang etwas geringer als im Monat Juni 1932.

Der Güterverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im Juli 1932 rund 13 500 Tonnen größer als im Juli 1931, aber rund 6000 Tonnen schwächer als im Monat Juni 1932.

Die Personenschiffahrt nach und von Karlsruhe, die Schifferfahrten im Karlsruher Hafengebiet, sowie die Fahrten nach und von dem Rheinftrandbad Rappenswied, hatten wie in den vergangenen Monaten, unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden.

Die Karlsruher Maschinenbau-Gesellschaft legt der auf den 19. August einberufenen ordentlichen Generalversammlung einen Bericht vor, der im einzelnen befragt, daß die Abwicklungsarbeiten ihren Fortgang genommen, aber durch die katastrophale Wirtschaftsentwicklung stark gehemmt worden sind. Die Bemühungen um den Verkauf des ausgedehnten Grundbesitzes der Gesellschaft sind ohne den geringsten Erfolg geblieben, was als Ursache dafür anzusehen sei, daß an die vom Vergleichsverfahren betroffenen Gläubiger noch keine weitere Quote zur Ausschüttung gelangte. Über den gesamten Immobilienbesitz ist auf Antrag der Stadt Karlsruhe im Mai 1931 zur Aufrechterhaltung des dinglichen Vorrechts für rückständige Steuern die Zwangsverwaltung angeordnet worden. Ende Juni ist die Lokomotiv-Montierungshalle zum Preis von 35 000 RM auf Abbruch verkauft worden. Neben der hierdurch eintretenden bedeutenden steuerlichen Entlastung besähe nun auch die Möglichkeit, den Grundbesitz für einen evtl. Teilverkauf zweckmäßiger aufzuteilen zu können; dadurch dürften bessere Verwertungsaussichten für die Verksanlagen geschaffen sein. Die im Abschluß per 31. Dezember mit 2 281 851 RM eingesehten Grundstücke und Gebäude umfassen ein Gesamtareal von rund 120 000 qm, davon zirka 40 000 qm überbaut. Die beiden Vorstandsmitglieder bezogen 1931 ein Gehalt von zusammen 8850 RM. Die Vergütung des Vorstandes für das laufende Geschäftsjahr beträgt nur noch 2250 RM. Der Aufsichtsrat erhielt für 1931 keine Vergütung. Der auf den 31. Dezember ausgewiesene Verlust beläuft sich auf 58 664 RM, der zusammen mit dem Verlust aus dem Vorjahr in Höhe von 1 953 134 RM auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Weiter wird jetzt bei der Generalversammlung der Antrag auf Auflösung der Gesellschaft gestellt. Das Stammkapital beträgt, wie noch erwähnt sei, 2 282 000 RM, und zwar 2 740 000 RM Stammaktien und 42 000 RM Vorzugsaktien.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Gemeindeveranschlag der Stadt Karlsruhe hier gesetzliche Miets.

Auf Grund der im Eingang der Verordnung über die Festsetzung der gesetzlichen Miets vom 10. Februar 1931, Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 39, erwähnten Feste wird der in Ziffer 5 dieser Verordnung auf 26 v. H. der Friedensmiete festgesetzte Grenzbetrag für das Gebiet der Stadt Karlsruhe auf die Dauer des Rechnungsjahres 1932 auf 28 v. H. festgesetzt.

Karlsruhe, den 3. August 1932.

Der Minister des Innern:
Maier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Anstaltsarzt Medizinalrat Dr. Fühlin in der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz zum Bezirksarzt II in Freiburg.
Zur Ruhe gesetzt:
Kriminalsekretär August Dyppländer in Karlsruhe.

Ministerium der Finanzen

Ernannt:
Bauinspektor Emil Käny in Freiburg, zum Bauoberinspektor. In den Ruhestand versetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.
Rechnungsrat Ernst Kuntz, bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe.
In den Ruhestand versetzt wegen leidendender Gesundheit:
Förster Michael Auer in Hohenheim.

Bürgermeisterstelle

Die Stelle des Bürgermeisters der Gemeinde Schönach (2 800 Einwohner) ist neu zu besetzen.

Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Anschluß des Lebenslaufs, ihrer Zeugnisse und Gehaltsansprüche bis spätestens Samstag, den 13. August 1932, dem Bürgermeister - Stellvertreter M. Kienzler, Ballfahrtsbauern, einreichen.

Schönach, den 3. August 1932. R.989
Der Gemeinderat.

Verzeichnis der Gewinne für die in Baden abgesetzten Lose der Blinden-Geldlotterie.

Gewinne à 10 RM.: Nr. 62823.
Gewinne à 5 RM.: Nr. 28616, 28850, 29288.
Gewinne à 3 RM.: Nr. 29264, 29267, 29407, 50358, 62968.
Gewinne à 2 RM.: Nr. 17280, 17365, 17373, 28594, 29005, 29106, 31544, 31810, 50024, 50100, 50233, 50309, 62539, 62635.

Außerdem entfällt auf die beiden Endziffern 05, 13 und 45 ein Gewinn von 1 RM. R.992

Strassenbauarbeiten

Das Wasser- und Straßenbauamt Offenburg vergibt im öffentlichen Wettbewerb die Arbeiten und Lieferungen für die Verbreiterung der Landstraße Nr. 28 zwischen Offenburg und Ortenberg km 18,600—18,942 und km 19,322—20,278 in folgenden Losabteilungen:

Los 1: Erdarbeiten und Chauffierung.
Los 2: Maurerarbeiten und Zementrohrlieferung.
Los 3: Lieferung von Gesteinssteinen u. Schottermaterial.
Los 4: Fuhrleistungen und Liefern von Schottermaterial.
Los 5: Randstein- und Pflastersteinlieferung.

Los 7: Pflasterarbeiten und Versetzen von Randsteinen.
Pläne und Bedingungen können auf dem Geschäftszimmer des Bauamts durch die Bewerber eingesehen werden; nach auswärts werden dieselben nicht abgegeben.

Angebote, wozu die Vordrucke beim Bauamt erhältlich sind, sind bis spätestens Montag, den 15. August 1932, vorm. 10 Uhr, verschlossen, mit der Aufschrift „Strassenbauarbeiten“ auf dem Bauamt einzureichen.

Zuschlagsfrist alsbald nach erfolgter Genehmigung durch die Wasser- und Straßenbaudirektion. S.94

Das Wasser- und Straßenbauamt Mosbach vergibt die Arbeiten zur Pflasterung der Landstraße Nr. 4 in Ballbüren, bestehend in Lieferung von 490 Tonnen Kleinfleischsteinen aus badischen Granitbrüden, 2 200 qm Pflasterarbeit, 920 qm Kinnenspflaster aus Kalksteinen, etwa 300 qm mit neuen Steinen und sonstige Nebenarbeiten.
Angebotsvordrucke sowie Vorrat reicht, beim Wasser- und Straßenbauamt Mosbach. Submissionstermin am Dienstag, den 23. August 1932, vormittags 11.30 Uhr, S.95

Das Badische Landestheater Sommer-Operette im Stadt. Konzerthaus Samstag, 6. August 1932 Zum erstenmal Das Weibchen vom Montmartre Operette Julius Brammer und Alfred Grünwald S.95

Musik v. Emmerich Kalmán Dirigent: Bilzer Regie: Reizner Mitwirkende: Lorif, Fierment, Macher, Bauer, Löfer, Schwarz, Schöthaler, S. Lindemann, Schiniger, Wehner, S. Minnius, Eich, Rager, Reizner, Hofer, Meißner, G. Lindemann, Mateo Anfang 20 Ende geg. 23 Preise 1—3 RM So. 7. 8. Das Weib im Purpur.

Oeffentl. Sparkasse Gahmersheim

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	777,53	1. Spareinlagen	142 784,74
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale usw.	12 209,80	2. Aufwertungsbeinlagen	49 012,69
3. Darlehen auf Hypotheken	61 560,—	3. Rücklage: a) geleh. Reservefonds	15 399,31
4. Darlehen a. Schuldlosen	56 321,88	b) Reingehwin vom Jahre 1931	2 499,26
5. Darlehen an Gemeinden usw.	50 919,25	5. Aufwertungsabrechnungsfonto	3 645,01
6. Aufwertungsfordernngen	26 928,82		
7. Einnahmerückstände	4 613,73		
8. Gerätschaften	5,—		
	213 341,01		213 341,01

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 191 797,— RM Einlagen . . . = 15 343,76 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 . . . 17 898,57 RM
Somit mehr 2 554,81 RM

Gahmersheim, den 4. August 1932. S.96
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Sed. Der Rechner: M. H. G.

Auf die in Baden zugelassenen Lose der Bremer Lotterie

Ziehung vom 15.—19. Juli 1932 entfielen folgende Gewinne:

50 RM.: 312934, 508242.
10 RM.: 61185, 116218, 665 961, 117374, 258426, 58, 259002, 311267, 742, 312126, 407248, 411219, 507058, 508161, 220, 530, 552637.
5 RM.: 21021, 380, 437, 840, 925, 61012, 538, 62121, 418, 833, 116142, 77, 597, 117105, 321, 258477, 937, 259274, 327, 73, 436, 710, 956, 811273, 398, 616, 312254, 811, 407350, 869, 932, 411302, 35, 435, 437310, 22, 46, 507206, 609, 720, 508116, 258, 322, 74, 88, 460, 552632.
2 RM.: 21054, 89, 104, 76, 262, 325, 59, 451, 55, 91, 97, 517, 56, 64, 607, 20, 86, 733, 43, 84, 803, 81, 98, 939, 53, 92, 96, 61001, 24, 36, 95, 157, 230, 35, 56, 311, 97, 427, 38, 82, 507, 47, 683, 777, 835, 41, 82, 905, 62021, 92, 101, 12, 50, 73, 203, 39, 308, 24, 33, 466, 69, 97, 500, 606, 48, 60, 64, 74, 703, 22, 806, 40, 52, 62, 914, 76, 116058, 109, 27, 241, 43, 93, 98, 329, 46, 47, 52, 405, 36, 520, 57, 59, 66, 639, 40, 97, 723, 25, 51, 96, 870, 91, 905, 17, 35, 51, 62, 117015, 58, 77, 78, 126, 30, 250, 53, 74, 80, 86, 97, 307, 88, 415, 23, 26, 96, 581, 601, 65, 85, 723, 79, 862, 930, 85, 90, 258179, 95, 276, 306, 21, 37, 59, 544, 92, 606, 71, 798, 848, 976, 259115, 31, 234, 305, 53, 85, 407, 8, 52, 55, 84, 504, 630, 48, 49, 83, 95, 754, 87, 833, 37, 51, 57, 60, 901, 4, 32, 35, 67, 72, 311067, 100, 2, 18, 31, 51, 62, 239, 60, 317, 19, 461, 529, 36, 40, 66, 647, 73, 98, 725, 59, 94, 857, 87, 95, 947, 49, 58, 76, 87, 312005, 25, 29, 32, 35, 48, 100, 68, 221, 34, 39, 323, 56, 99, 402, 79, 519, 663, 87, 702, 10, 18, 41, 59, 67, 85, 95, 845, 332, 99, 407066, 79, 103, 297, 303, 19, 20, 37, 51, 83, 91, 95, 478, 515, 35, 620, 34, 59, 79, 91, 743, 64, 73, 813, 20, 38, 40, 94, 958, 92, 411008, 16, 26, 123, 34, 36, 67, 88, 218, 86, 94, 404, 647, 706, 12, 35, 75, 76, 77, 87, 809, 38, 60, 82, 91, 955, 97, 437025, 177, 90, 234, 300, 407, 70, 534, 39, 72, 628, 61, 85, 91, 706, 45, 896, 97, 907, 77, 507012, 46, 77, 110, 39, 52, 212, 86, 411, 510, 53, 75, 96, 619, 38, 48, 710, 47, 837, 74, 81, 903, 6, 21, 23, 50, 91, 508046, 89, 173, 211, 25, 38, 98, 327, 91, 410, 15, 28, 642, 47, 49, 75, 612, 72, 86, 92, 770, 72, 80, 82, 844, 46, 97, 947, 52, 552000, 52, 80, 149, 83, 211, 45, 79, 517, 38, 866, 900.

Einlosetelle für Baden: R. 986

S. Stürmer, Lotterievernehmer, Mannheim O 7. 11